

Antragsbereich A / Antrag 3/I/2024**AntragstellerInnen:** Jusos München**Empfänger:** Unterbezirksparteitag

Landesparteitag Bezirksparteitag

**3/I/2024: Öffnet die Unis**1 **Wir fordern:**

2

- 3 • Bereitstellung eines kostenlosen, breiten Angebots an Erwachsenenbildung an
- 4 Universitäten und HaWs von Seiten des Bundes und des Landes.
- 5 • Abschaffung der fachlichen Bindung des Studiums für Menschen mit dualer
- 6 Ausbildung und Berufserfahrung.
- 7 • Bereitstellung von öffentlich finanzierten Mikroabschlüssen ohne jede Zu-
- 8 gangsbeschränkung an Universitäten und HaWs.
- 9 • Jährlicher Bildungsurlaub mit Lohnfortzahlung für alle Arbeitnehmer\*innen.
- 10 • Seniorenstudium auch ohne Abitur ermöglichen.

11 Sowohl in der beruflichen als auch in der akademischen Bildung wird das lebens-

12 lange Lernen als Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben in Zukunft es-

13 sentiell sein. Doch die Chancen auf beruflichen Erfolg durch den Zugang zu den

14 Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sind eklatant ungleich verteilt. Meistens

15 haben nur Personen mit Vermögen und/oder sehr hohem Einkommen genug Zeit

16 und Geld für private Weiterbildungen. Trotz des großen Mangels an qualifizier-

17 ten Fachkräften in Deutschland ist ein großer Teil der Bevölkerung gezwungen,

18 geringqualifizierte Tätigkeiten für wenig Geld durchzuführen und ist nicht in der

19 Lage, sich privat und beruflich weiterzubilden. Durch die Entwicklung von neu-

20 en Technologien werden die Unterschiede in der Bezahlung von hoch- und ge-

21 ring qualifizierter Arbeit weiter wachsen. Eine Grundlage für eine moderne und

22 gerechte Wirtschaft wird deswegen in der flächendeckenden Bereitstellung von

23 kostenloser Erwachsenenbildung liegen. Ein großer Teil des Wissens unserer Ge-

24 sellschaft liegt bei und in den Hochschulen, die ein Quasi-Monopol auf höhere

25 Bildung haben. Deshalb sollte die flächendeckende kostenlose Erwachsenenbil-

26 dung im deutschen Hochschulsystem etabliert werden. Relevant für die Herstel-

27 lung von echter Chancengleichheit ist nicht unbedingt nur die beruflich einschlä-

28 gige Weiterbildung. Für eine inhaltliche berufliche (Neu-)Orientierung kann die

29 Aufnahme von produktiven Freizeitbeschäftigungen oder die Weiterbildung in

30 allgemeinen Bereichen wichtig sein. Die Angebote des lebenslangen Lernens soll-

31 ten also auch Kurse zur politischen, praktischen und zur Allgemeinbildung um-

32 fassen. Viele Hürden, die in Form von Zugangsbeschränkungen für Universitäten

33 und Hochschulen für angewandte Wissenschaften gelten, stehen diesem Ziel ent-

34 gegen. Das lebenslange Lernen muss für alle Interessierten attraktiv werden. Be-

35   sonders beruflich qualifizierte Personen müssen von Angeboten des lebenslangen  
36   Lernens angesprochen werden, ohne dass dabei die akademische Bildung der be-  
37   ruflichen Bildung übergeordnet wird. Deswegen muss die fachliche Bindung auf-  
38   gehoben werden, die aktuell für Menschen mit einer 2-jährigen dualen Berufs-  
39   ausbildung und anschließend 3 Jahren Berufserfahrung gilt, die an einer Univer-  
40   sität oder einer HaW ein Studium absolvieren möchten. Allen Bürger\*innen soll  
41   zu jedem Zeitpunkt ihrer Biographie die Entscheidungsgewalt über ihren Lebens-  
42   lauf gegeben werden. Die Universitäten und HaWs als Orte des Lernens und Wis-  
43   sens sollen jederzeit und für alle zugänglich sein. Dabei geht es nicht allein um  
44   Studierende, sondern auch um diejenigen, die keinen Hochschulabschluss anstre-  
45   ben. Dafür fordern wir die Einführung von öffentlich finanzierten Mikroabschlüs-  
46   sen, die unabhängig von bisherigen Qualifikationen absolviert werden können.  
47   Jede\*r soll die Möglichkeit haben, dieses Bildungsangebot wahrzunehmen. Wir  
48   fordern deswegen ein kostenloses Angebot von entsprechenden Mikroabschlüs-  
49   sen in technischen, naturwissenschaftlichen, politischen, medizinischen, juristi-  
50   schen und sozialen Fachbereichen sowie fächerübergreifende Angebote. Wir for-  
51   dern außerdem, dass Angestellte und Arbeiter\*innen gesetzlichen Anspruch auf  
52   die Möglichkeit haben sollen, mindestens einmal im Jahr ein Bildungsangebot der  
53   Hochschulen anzunehmen. Für die Zeit der Weiterbildung wird die Lohnfortzah-  
54   lung seitens der Arbeitgeber\*innen durch Bund und Land gewährleistet. Wir for-  
55   dern die Öffnung der Universitäten für alle Schichten der Bevölkerung und somit  
56   ein Ende eines Bildungssystems von Eliten für (künftige) Eliten.